

Am Sonntag
mit seinen
erbreichsten
Ansprüchen,
den Ehren.

s, nachmittags
Brandmeister
en die

Bestpolitik: Dr.
del. Aufschriften
28. Für Geb.
früher, Christ.
3911/3919, Amt
Bethel.

April
Tädchen

cht, die mit der
vorkommenden
Familienanfall.
nar Goede,
s. Harms-Haus
Winden) Land

ufenthalt
n und Kinder.
Pensionspreis
4. Prospekt
nsionsinhaber
teher Paulsen
Norddorf

en Seftagen:

ter zu 1.00 Mt. h.
ter 1.75 . . .
20% . 0.75 . . .
die 1.00 . . .
die 0.50 . . .
Wiss. evtl. gem.)

oessen
(Schiffsanb)

ristliche
Pension

Roth
rbach a. d. B.
nige Lage. Liege
Küche; Vegetar
bad im Haus
- Mk. 5.-

Minderbemittelte
Nähsung.

Verzöger. Erhö
solche, die in
d, finden freund
nd Hilfe im Herrn
Preise im

gsheim
edensruh
O/A Ballagen
ner und Winter
n sind zu richten
des Hauses.

olländerhof, Sei
aden 22. Halte
Linie 1 Reitengasse
in der alten Medar
Ausfall auf Medar
entralheizung. Bäder
r, 30 3., 47 B., von

in Bernigerode,
in (schöner Lage,
ne, kleine Anlage
it und ohne Kinder,
bedürftige, bei mög
liche Verpflegung

ein, Christl. Erho
Hoff. Hall. Gemein
schäft. Weinberge
Sonntag. Zimmer
dem Hof. Gute
raubenlässe (eigenes
ihres durch die Zei
brauch (Wein),
Fertigst. 61.

berhof, Thüringen,
hochwälder, ruhige,
ornehm möbl. Sim
Bad. Beste Verpf.
ell-Wal 4.-, Juni
Wespeite.

heim Wiedersel,
D. 300-500
genheit zu Elegeren
und auf geistigen
um und Waderplän
an die Elbe,
Familien und Berufs
benutzg. Preis
Gut bürgerl. Küche
le Hausmutter.

heim Wiedersel,
D. 300-500
genheit zu Elegeren
und auf geistigen
um und Waderplän
an die Elbe,
Familien und Berufs
benutzg. Preis
Gut bürgerl. Küche
le Hausmutter.

heim Wiedersel,
D. 300-500
genheit zu Elegeren
und auf geistigen
um und Waderplän
an die Elbe,
Familien und Berufs
benutzg. Preis
Gut bürgerl. Küche
le Hausmutter.

heim Wiedersel,
D. 300-500
genheit zu Elegeren
und auf geistigen
um und Waderplän
an die Elbe,
Familien und Berufs
benutzg. Preis
Gut bürgerl. Küche
le Hausmutter.

heim Wiedersel,
D. 300-500
genheit zu Elegeren
und auf geistigen
um und Waderplän
an die Elbe,
Familien und Berufs
benutzg. Preis
Gut bürgerl. Küche
le Hausmutter.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.85 Beleggebühr, beim eigenen Verkauf bestellbar. — Fürs
Ausland unter Streichband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelieferter 10 Hg. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Kleinanzeigen 20 Hg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Mt.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 71.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 26. März 1931.

13. Jahrgang.

Du du nicht über Schaden klagst,
Sich, was du sagst und wo du's sagst.
Rückert.

Umschau.

Ein entscheidender Schritt. — Von Wien-Berlin
zu Mitteleuropa. — Sturmtag gegen das Osterfest.

Die geplante großdeutsche Zollunion wird von der ungarischen Zeitung „Pester Lloyd“ als „die größte Überraschung seit Kriegsende“ bezeichnet. Und in der Tat: keine der europäischen Regierungen hat aus ihrem Erstaunen über die plötzliche Lüftung des Berlin-Wiener Geheimnisses ein Geht gemacht. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Wiener Vorvertrages setzte sofort ein heftiges Störungsfeuer ein, das von Frankreich geleitet und von den Vorfällen des französischen Imperialismus ganz selbstverständlich weitestgehend unterstützt wurde. Daß sich auch Italien an dem französischen Projekt in Wien beteiligt hat, bestärkt uns in der Vermutung, daß die französisch-italienische Flotteneinigung den außenpolitischen Kurs Italiens doch weit mehr in Fesseln gelegt hat, als dies von den Faschisten zugegeben wird.

Aber die beiden deutschen Bruderstaaten dürfen sich durch solche Einschüchterungsversuche nicht beirren lassen. Deshalb erfüllt es uns mit besonderer Genugtuung, daß sich die auf Pariser Quellen zurückführende Behauptung, die österreichische Regierung werde aus Furcht vor internationalen Verwicklungen das Abkommen annullieren, als tendenziöse Irreführung erwiesen hat. Von zutragender Seite wird vielmehr mit Nachdruck erklärt, daß Österreich nicht daran denke, seine Unterschrift zu dem Zollabkommen zurückzuziehen. Von Frankreich wurde — wer hätte das auch anders erwartet! — sofort auf den Artikel 88 des Diktates von Saint Germain hingewiesen, der den Österreichern ihre Unabhängigkeit zur Pflicht mache und natürlich auch auf die Genfer Protokolle, wonach die österreichischen Zolleinnahmen zum Zwecke der Tilgung der Völkerbundsanleihe verpfändet sind. Selbstverständlich durfte auch das Versailler Diktat nicht fehlen, das ja bekanntlich den Anschluß Österreichs an Deutschland ein für allemal unmöglich machen will. Alle diese Einwände der Gegenseite sind jedoch gegenstandslos, denn es handelt sich bei den Berlin-Wiener Verhandlungen lediglich um rein wirtschaftliche Probleme — ganz abgesehen davon, daß es gerade die unhaltbaren Friedensdiktate sind, welche die mitteleuropäischen Staaten in ein wirtschaftliches Chaos hineingestürzt haben, aus dem sie nur noch großzügige und weitherzige Aktionen zu retten vermögen. Und so ist das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen auch eigentlich mehr als eine bloße Zollunion. Zwar bleibt Österreich — schon mit Rücksicht auf die vorerwähnten Genfer Protokolle — seine eigenständige Zollhoheit erhalten, aber darüber hinaus handelt es sich um einen ausgesprochenen Wirtschaftszusammenschluß, der nicht nur die gegenwärtigen Zollmauern niederreißt, sondern auch die beiden Wirtschaftsgebiete zu einem einheitlichen Arbeits- und Produktionsmarkt gestalten will. Und es ist — schon aus rein taktischen Gründen — durchaus erfreulich, daß das österreichisch-deutsche Abkommen auch den Beitritt anderer Staaten vorsieht, wobei vor allem an Ungarn, die Tschechoslowakei, an Bulgarien und Rumänien gedacht sein mag, wenngleich man in dieser Beziehung keine Hoffnungen vorerst nicht allzu hoch schrauben darf. Denn die Bindung der Kleinen Entente an Frankreich ist wohl vorläufig noch unüberwindlich. Immerhin mehrten sich aber auch in diesen Staaten die Stimmen, welche auf die Unhaltbarkeit ihrer gegenwärtigen Lage hinweisen. Und was vermag denn auch Frankreich diesen Ländern, denen es in der Hauptsache um Abfahrmöglichkeiten für ihre Agrarerzeugnisse zu tun ist, anderes zu bieten als Anleihen und Bafonette, von denen aber auch die Völker Südost-Europas auf die Dauer nicht leben können? — Und so sind ja denn auch gerade von diesen Staaten wiederholt Versuche in Richtung größerer Wirtschaftszusammenschlüsse unternommen worden. Bleibende Erfolge aber haben diese Versuche nicht gezeitigt, da sie allzusehr politisch belastet waren. Aus politischer Verblendung entschied man sich statt für Groß-Mitteleuropa (also mit Deutschland) für Klein-Mitteleuropa (ohne Deutschland). Man wollte ein mitteleuropäisches Wirtschaftsgebilde schaffen, von dem man das Herz Mitteleuropas — Deutschland — bewußt abschnitt. So konnte das Ergebnis nur völliger Mißerfolg sein, der mit dem wirtschaftlichen Elend von Millionen und aber Millionen Mitteleuropäern bezahlt wurde. So nahm der mit-

teleuropäische Wirtschaftszerfall seinen katastrophalen Fortgang — Elend und Verzweiflung über Bauern und Geschäftsleute, über Arbeitnehmer und Arbeitgeber des mitteleuropäischen Raumes verbreitend — mit dem einzigen Erfolg, daß eine Handvoll Staatsmänner in Bukarest, in Prag und Belgrad sich der besonderen Gunst des französischen Imperialismus erfreuen darf. Mögen sich nun die mitteleuropäischen Staaten im einzelnen zu dem österreichisch-deutschen Wirtschaftsvertrag stellen wie sie wollen, Deutschland und Österreich werden den jetzt beschrittenen Weg tatkräftig weitergehen müssen, und wir sind ehrlich genug, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß dieser wirtschaftliche Zusammenschluß der erste entscheidende Schritt auch zur politischen Vereinigung Großdeutschlands sein möge. Die österreichisch-deutsche Wirtschaftsunion, der wir eine möglichst baldige Unterzeichnung und Inkraftsetzung wünschen, ist das erste wahrhaft erfreuliche Ereignis in der deutschen Nachkriegspolitik, das wohl noch den einen oder anderen Schönheitsfehler haben mag, aber unter keinen Umständen an Kleinlichkeit und engstirnigen Nörgeleien scheitern darf. Es ist — wenn sich beide Nationen des deutschen Volkes der sieghaften Kraft ihres geschlossenen Willens bewußt sind — der erste selbständige Schritt zur Wiedererringung unserer Freiheit. Aber es ist nur ein Anfang. Denn das Ziel muß heißen: ein blühendes und glückliches Mitteleuropa, das dem Frieden dient, und Vernichtung der brutalen Friedensdiktate, die für die Völker Europas nichts anderes als Chaos und Krieg bedeuten.

Aber Europa droht nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das kulturelle Chaos. Wer diese Befürchtung bisher noch nicht ernst genommen hat, dem dürften durch die jüngsten Entschlüsse der Gottlosenverbände die Augen aufgegangen sein. Wir denken da vor allem auch an den Leipziger Reichskongreß der Gottlosenverbände Deutschlands, der kürzlich stattfand und auf dem beschlossen wurde, das kommende Osterfest zu einem „Sturmtag“ gegen das christliche Bekenntnis zu machen und den christlichen Kirchen „eine siegreiche Schlacht zu liefern“. Es wurde weiter angekündigt, daß darüber hinaus die „Internationale der proletarischen Freidenker“ von ihrem neuen Sitz (Berlin!) aus „große Kampfkampagnen über alle Länder der Erde gegen die Kirche veranlassen werde“. Der Oster-Sturmtag soll auf breiter Grundlage erfolgen und besonders in Berlin, Braunschweig, Jena und Frankfurt a. M. aktiviert werden. Wie die Kundgebungen der Gottlosenverbände vor sich gehen, lehrt die Erfahrung zur Genüge. Noch am 1. März hat in den Berliner Alhambra-Festhallen eine große Kundgebung stattgefunden, „bei der auf der Bühne ein Geistlicher niedergeschlagen, ihm das Kreuz entzogen und unter Flüchen in die Ecke geworfen wurde“. In einer neuen uns vorliegenden Freidenker-Broschüre, die sich gegen die bekannte Enzyklika des Papstes „Ueber die christliche Ehe“ wendet, wird das Rundschreiben des Papstes als „ein Produkt mittelalterlicher Pfaffenhirne“, als „ideologische Begleitmusik zu den Grausamkeiten der bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, als „Verbindung von erzreaktionären und brutalen Forderungen mit scheinheiligen, höflichen und schmeicheleichen Redensarten“ bezeichnet, „welche die bittere Bille verfluchen sollen“. Die auf breitesten Massenabsatz berechnete Broschüre schließt mit den Worten: „Als Heiligprediger des Frauentums tritt die Kirche auf. Unser erster Gegenstand sei: Heraus aus der Kirche der Frauenverkörperung und der Frauenverachtung! . . . Kampf dem Paragraph 218, aber auch Kampf der kapitalistischen Kirche, Kampf der faschistischen Brüningdiktatur bis zum Sturz dieses Systems und der Aufrichtung eines freien sozialistischen Deutschlands der Werktätigen!“ — Wer die innige Interessengemeinschaft zwischen den kommunistischen und sozialistischen Freidenker-Organisationen kennt, der wundert sich nicht, wenn es immer mehr Männer und Frauen in Deutschland gibt, die den innerpolitischen Kurs der Brüningregierung nicht mehr verstehen können. Sieht man denn nicht über will man nicht sehen? —

Die Aktion der Innenminister gegen den Kulturbolschewismus mag vielleicht parteipolitisch ganz geschickt eingeschaltet sein. Aber in der Sache selbst ist sie nicht sonderlich hoch zu bewerten. Männer wie Severing und nach allen Erfahrungen auch der Zentrumsmann Dr. Wirth stehen parteipolitisch den Freidenker-Organisationen viel zu nahe, als daß man von ihnen wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen das schamlose Treiben der antichristlichen Bewegung erwarten dürfte. Es sei nur noch hingewiesen auf eine andere Broschüre („Das wahre Gesicht der Kirche“, die in der „Vorwärts“-druckerei hergestellt und von dem sozialdemokratischen

Freidenkerverband herausgegeben wurde. Eine sehr angesehene deutsche Zeitung schreibt darüber: „Eine üblere Verhöhnung der Kirche, ihrer Einrichtungen und besonders der Geistlichen kann man sich schwer vorstellen“. Es genügt wohl der Hinweis, daß in dieser sozialdemokratischen Freidenkerbroschüre die Ermordung der russischen Geistlichen durch die Bolschewisten als „verdiente Strafe“ hingestellt wird. Und der sozialdemokratische Polizeipräsident von Leipzig hat das Verbot des oben erwähnten Leipziger Reichskongresses der Gottlosenverbände abgelehnt, „da hierzu kein Anlaß vorliegt“. — Und so wurde das kommende Osterfest zum Sturmtag gegen das Christentum proklamiert.

Schwerer als je ist die Verantwortung, die auf den Christen aller Länder der Erde ruht. Da aber die Verlegung der Gottlosen-Zentrale nach Berlin leider Tatsache geworden ist, so ist die Verantwortung der deutschen Christenheit eine besonders schwere. Möge ihr die Kraft geschenkt sein, den Sturm gegen das heilige Osterfest dennoch und trotz alledem in einen neuen Sieg des Auferstehungswunders zu verwandeln! S.

Londoner Brief.

Von Heinz Fiebigler-London.
(Schluß.)

Aber ich will dem Zeitungsmann nicht Unrecht tun. Vielleicht wollte er weniger gegen Bach als gegen kirchliche Musik überhaupt protestieren. Jedenfalls waren die vielen zustimmenden Zuschriften, die dieses Blatt in den nächsten Tagen brachte, alle mehr oder weniger auf diesen antikirchlichen Ton eingestellt. „Wir haben genug von Bach!“ wurde Kampfruf gegen den kirchlichen Sonntag im Rundfunk, gegen den ruhigen Sonntag überhaupt. Augenblicklich ist hier ein lebhafter Streit um die Sonntagsvergnügungen im Gange. Es ist nämlich von kirchlicher Seite versucht worden, die Sonntags-Kinos, Theater- und Musikaufführungen unter Berufung auf ein 150 Jahre altes Gesetz unmöglich zu machen. Man muß wissen, daß England das Land ist, in dem sich die Idee des unbedingt einzuhaltenen Sonntags bisher am besten gegenüber allen neuerlichen Abschwächungen gehalten hat. Erst in den letzten Jahren ist einigen Londoner Kinos die Erlaubnis erteilt worden, auch Sonntags zu spielen (während die meisten Londoner Kinos und die draußen auf dem Lande nach wie vor geschlossen sind). Bisher nahm niemand Anstoß an dieser Inkonsistenz. Bis die „Gesellschaft zur Einhaltung des Tages des Herrn“ den Londoner Stadtrat wegen dieser ungesunden Konzessionen verklagte und das oberste Gericht tatsächlich gegen ihn entschied. Nun bekommen die Kinos keine Konzession mehr, aber sie spielen trotzdem weiter. Auch im Lande machen einige auf, es herrscht eine heillose Verwirrung, und es scheint fast so, als ob die Aktion das Gegenteil von dem erreichen wird, was ursprünglich beabsichtigt war. Ein neuer „Sunday Observance Act“ (Gesetz über die Sonntagsruhe) ist in Vorbereitung, er hebt die alten Vergnügungsverbote auf, und bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Parlament ist seine Annahme sicher. So wird also leider auch in England der „ruhige Sonntag“ bald der Vergangenheit angehören. Wie scharf und gehässig die einzelnen Parteien gegeneinander kämpfen, mag übrigens noch durch einige Randbemerkungen illustriert werden. Nach der Entscheidung des obersten Gerichtshofes (daß der 150 Jahre alte Sunday Observance Act zu Recht bestehe) kramten Freunde und Feinde alle möglichen alten, noch nicht formal zurückgezogenen Gesetze hervor, um sich gegen die mittelalterlichen Gesetze gegen Zauberei formal in Kraft. Die, verlangt man, sollen jetzt gegen die Spiritisten (die in England und besonders in Wales sehr stark sind und eine eigene „Spiritistische Kirche“ haben) angewandt werden. Strafe ist Ausstäuben aus dem Marktplatz und am Schandpfahl stehen. Da es aber nurmehr zwei Schandpfähle in England gibt, stößt die Durchführung dieser Gesetzesmaßnahmen auf starke Schwierigkeiten. . . . Auch Gesetze, die den Kirchenbesuch an Sonntagen bei Strafe zur Pflicht machen, sind noch in Kraft, und tatsächlich mußte sich ein Liverpools Ratsherr jetzt schon ein paarmal vor dem Gericht zu verantworten, weil eine Freidenkerorganisation (!) ihn wegen Unterlassung des Kirchenbesuchs systematisch verklagt. Wahrscheinlich wird die immer wieder verlangte Vereinigung des englischen Rechts, die schon seit Jahren dringend notwendig ist, durch diese Anachronismen nunmehr in Flammen gebracht werden.

Interessante Aufschlüsse über die Machtposition des Katholizismus in England eröffnete die kürzlich statt-

gehabte Unterhausdebatte zum Schulgesetz. Man muß nämlich wissen, daß es in der Fraktion der Arbeiterpartei einige dreißig katholische Abgeordnete gibt. Der Katholizismus, der ja in England in einer starken Minderheit ist, verfügt über keinen eigenen politischen Machtapparat (wie in Deutschland die Zentrums-Partei), sondern bedient sich für seine Zwecke in überwiegender Maße der Labour-Party. Ich habe es selbst erlebt, wie in Wahlkämpfen katholische Priester für die Arbeiterpartei eintraten, für Arbeiterkandidaten in Versammlungen sprachen usw. Die konservative Partei ist größtenteils anglikanisch-protestantisch, die Liberalen umfassen die in England ja außerordentlich verbreiteten Freikirchen. Also die Labour-Party, in ihrem lockeren Aufbau, ihrer gruppenmäßigen, nicht straff organisierten Zusammenfassung bietet für die katholische Agitation den denkbar günstigsten Nährboden. In der erwähnten Debatte zum Schulgesetz, durch das das schulpflichtige Alter von 14 auf 15 Jahre erhöht werden sollte, stand mit einem Male der katholische Labour-Abgeordnete Scarr auf und brachte den Antrag ein, daß dieses Gesetz erst dann in Kraft treten solle, wenn die Regierung sich mit den verschiedenen Denominationen geeinigt habe. Gemeint war natürlich die katholische Denomination, denn mit den anderen Bekenntnissen hatte die Regierung schon einen Ausgleich gefunden oder doch wenigstens angebahnt. Nur die Katholiken hatten hartnäckig auf erhöhten Zuschüssen an ihre kirchlichen Schulen für dieses neu einzurichtende Schuljahr bestanden. Jetzt also fiel der Arbeiterabgeordnete seiner Regierung, die auf dieses Schulgesetz so stolz war, in den Rücken. Alle katholischen Abgeordneten machten es wie er, stellten Kirchen vor Parteidisziplin und brachten die Education-Bill mit Hilfe der Konservativen, die aus Regierungsfeindschaft mit den Ultramontanen Seite an Seite stimmten, zu Fall; denn jetzt wird eine Einigung mit den Katholiken natürlich erst recht nicht möglich sein, und der Gesetzentwurf ist tot, gescheitert am katholischen Widerstand. Dieser Zwischenfall ist ungemein aufschlußreich. So arbeitet der Katholizismus in England. Er steht auf der ganzen Linie im Angriff (was ja in Deutschland nicht anders sein dürfte), entfaltet eine rege Propagandätätigkeit innerhalb der anglikanischen Kirche (in der ja die katholisierenden Tendenzen bekanntermaßen sehr stark sind) und außerhalb, in Propagandaschriften, Zeitungen und jetzt sogar im Parlament, unter geschickter Ausnutzung der jeweiligen parlamentarischen Machtverhältnisse.

Die Wirtschaftskrise hält unverändert an. Die Arbeitslosenziffern steigen zwar nicht mehr so sprunghaft wie vor einem Vierteljahr, zeigen aber immerhin noch eine weitere Aufwärtsentwicklung. Zusammenfassend kann man in der wirtschaftlichen Situation eine leichte Entspannung feststellen. Die großen Kämpfe in der Kohlen- und Baumwollindustrie sind vorüber, der Waffenstillstand in Indien erschließt einen jahrelang verschlossenen Markt, die große englische Wirtschaftsausstellung in Buenos Aires soll Lusthaft zu einer intensiven Durchdringung Südamerikas sein; und England, das schon bisher — mit anderen Industrieländern verglichen — verhältnismäßig glimpflich davongekommen ist, scheint auch für die Zukunft ganz rosige Aussichten zu haben — aber eben auch nur Aussichten, auf deren Verwirklichung man hofft.

Und warum soll diese Hoffnung nicht erfüllt werden, wo doch der Prinz von Wales ein so vorzüglicher „Sandalstreifer“ ist, wie ihn mehrere englische Blätter anlässlich seiner Südamerikareise lobend nannten. Friedrich der Große war der „erste Diener seines Staates“, — der englische Thronfolger wird uns stolz als „erster Commis voyageur von Britannien“, präsentiert! — Die Zeiten ändern sich —

Damit der tragikomische Abschluß nicht fehlt, sei noch kurz auf die inneren Parteikämpfe hiezuande eingegangen.

Das Rundschreiben des Papstes Pius XI. vom 31. 12. 1930 über die Ehe (Casti connubii).

(Fortsetzung.)

Als Heilmittel soll ferner wirken, daß der Papst die kirchlichen Oberen und die Priester aufruft, daß sie der katholischen Lehre unbefleckte Zeugen seien, und die von ihm so sehr gewünschte und empfohlene katholische Aktion soll als die zur „Hilfsgruppe des hierarchischen Apostolates“ zusammengeschlossene Laienschaft in jeder nur erlaubten Form dem Irrtum die Wahrheit entgegenhalten. Auch die weltlichen Gewalten sollen in „Einheit und Freundschaft mit der Kirche Christi“ sich zusammenschließen und den ungeheuren Schaden abwehren. Das geschieht durch soziale Maßnahmen und besonders durch eine solche Befehlsgebung, die der heiligen Wahrheit über Ehe, Ehescheidung und dergleichen entspreche. Hier wird ein liebevoller Blick auf Italien geworfen, „wo dem Sakrament der Ehe auch die bürgerlichen Rechtsfolgen vom Staat zuerkannt“ worden sind durch das „feierliche, glücklich getroffene Abkommen, ... ganz entsprechend der glorreichen Geschichte und den ehrwürdigen Ueberlieferungen des italienischen Volkes“. Aber vor allem wendet sich das Rundschreiben an die Christen selbst. Sie sollen trachten, Gottes Befehle mit voller Sicherheit zu erkennen, von kindlichem Sinn Gott gegenüber sich durchdringen zu lassen und durch eigenes Mühen die Gnadengüter des Ehesakraments, die in der Seele aufgespeichert sind, in Gang zu bringen. Gehen wir fehl, wenn wir die Empfindung haben, daß hier die päpstliche Führung auf den toten Punkt gekommen ist? Wir fühlen mit innerer Teilnahme den Kampf um Selbstbewahrung, den hier der gute Katholik in treuem Gehorsam gegen den Papst kämpft, aber ist dieses Sollen und immer wieder Sollen wirkliche Hilfe? Unser Blick wendet sich zur Erkenntnis, daß das römische Christentum nicht Evangelium, sondern Gesetz ist. Wir glauben

an die Erlösung, die durch Jesus Christus geschehen ist. Und nun rede ich töricht, indem ich zurückgreife auf das oben Gesagte von der Una sancta. Wäre hier nicht ein Punkt der Begegnung und des Ausgleiches? Rom, du hast die Ordnung, du hast den Reichtum der Ueberlieferung, du hast die Schönheit des religiösen Lebens und wir haben den Glauben. Wie wäre es, wenn Rom und wir verbunden unsere Waffen hienieden in den Sittenstreit von heute, in dem es um Tod und Leben geht? Rom, dein Gesetz und deine Macht, und wir, Christus selbst. Er ist das Gotteslamme, das uns alle, den Papst und den Lutheraner, rein wäscht mit seinem Blut; der erhöht und verherrlicht, seine segnende Macht auf die Ungerechten und Ringenden herabkommen läßt und uns in kindlichem Vertrauen auch persönlichste Räte überwinden heißt. Ich weiß wohl, daß noch kürzlich auf alle Anregungen und Einladungen hin, die von den Vertretern der christlichen Weltmeinung ausgehen, der Papst mit dem Rundschreiben Mortalium animos geantwortet hat. In demselben ist den Gliedern der römischen Kirche verboten, an der Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung und an ähnlichen Konferenzen teilzunehmen. Es ist mir auch klar, daß diese Entscheidung nicht Ausdruck der Gefährdung zu sein braucht, sondern einfach das Ergebnis der Gesamtlage darstellt. So erklärt gerade jetzt das Holzapfische Buch „Katholisch und Evangelisch“ (Herder u. Co., Freiburg im Breisgau) trotz seiner in vornehmer Auseinandersetzung ausgeführten Bemühung, die getrennten Brüder einander näher zu bringen, die Schwierigkeiten für ihn selbst als „einfach unüberwindlich“. Aber wir hoffen, nicht ins Blaue, sondern ins Gewisse, weil wir für eine etwa kommende Wiedervereinigung ein unermesslich wertvolles Gut mitzubringen haben, die evangelische, in der Gnadenmacht Jesu gegründete Glaubensweise.

Das Echo der Tat.

Die ersten Versuche, Deutschland und Oesterreich einzuschüchtern, sie von der Ausführung der Ankündigung der deutsch-österreichischen Zollunion abzuhalten, hätten wir hinter uns. Mit solchen Aktionen war von vornherein zu rechnen. Wenn jahrelange Verhandlungen und Konferenzen, Sachverständigenrat und Ausschüsse in der verschiedensten internationalen Zusammenfassung zu keinem greifbaren Ergebnis kommen konnten, so ist es schon peinlich, wenn zwischen den beiden Staaten Mitteleuropas, die man nach den Grundrissen von 1919 von der Macht in Europa endgültig fernhalten wollte, ohne weiteres die Grundlagen für eine Tat gefunden werden. Besonders peinlich mag es sein, daß diese Staaten nun auch noch feststellen können, daß ihr Plan sich in voller Uebereinstimmung mit den soviel erörterten und niemals zur Verwirklichung reif gewordenen internationalen Forderungen zur Befriedung Europas befindet.

So wird man die Versuche, die Zollunion durch einen formellen Einspruch zu Fall zu bringen, wohl ernst nehmen müssen, ohne aber daraus einen Zwang zum Nachgeben herzuleiten. Die Durchführung der Zollunion könnte nur dann gefährdet erscheinen, wenn von anderer Seite praktische Wege der Erleichterung der Wirtschaftsschwierigkeiten in Europa begangen werden, die eine bessere Lösung gestatten. Schon heute kann man mit ruhigem Gewissen sagen, daß es eine solche Mög-

lichkeit nicht geben wird. Grundsätzlich ist man sich ja bei allen internationalen Wirtschaftsberatungen schon seit Jahren darüber einig, daß man zu einer Zusammenarbeit zunächst in Europa kommen muß, um dann später zu einer umfassenden Regelung für die Welt zu kommen. Für einzelne Produkte sind schon seit geraumer Zeit internationale Verständigungen möglich geworden. Aber wer sich der Schwierigkeiten der vorausgegangenen Verhandlungen bewußt ist, für den ist es klar, daß die europäischen Wirtschaftslängst ruiniert sein müßte, ehe dieser umständliche Weg zu einem vollen Erfolg wird. Der andere Gedanke, der insbesondere aus dem französischen Interessenskreis entsprungen ist, will einfach die staatlichen Verhältnisse in Europa unverändert lassen und lediglich unter Beseitigung von Zollschranken dem freien Spiel der Kräfte Raum geben. Das würde praktisch auf die weitere wirtschaftliche Fundierung der französischen Hegemonie in Europa hinauslaufen, ohne daß mit einer auch nur teilweisen Belebung der europäischen Wirtschaft zu rechnen wäre. Aus den besonderen Verhältnissen des Südostrons heraus ist dazu der Plan von Präferenzzöllen propagiert worden, der zweifellos manche Vorteile hat, aber bei dem heutigen Handelsvertragsystem einfach daran scheitern muß, daß sämtliche Handelsvertragspartner in jedem Einzelfall um ihre Zustimmung gefragt werden müssen.

So ist der zunächst von Deutschland und Oesterreich beschrittene Weg der Zollunion die einzige organische Möglichkeit, eine Zusammenarbeit zustande zu bringen, ohne daß andere Staaten empfindliche Nachteile erleiden. Für die Praxis ist es allerdings wichtig, daß die Zollunion bei einer Ausweitung auf andere Staaten nicht einfach schematisch übertragen, sondern in Spezialverträgen je nach den besonderen Verhältnissen für den Binnenverkehr auch besonders geregelt wird.

„Die erste gesunde Revolte.“

Neue englische Pressestimmen zum Zollvertrag. — Oesterreich muß an seiner „Unabhängigkeit“ verbleiben! — London, 25. März.

Auch jetzt noch beschäftigt sich die gesamte Weltpresse eingehend mit dem österreichisch-deutschen Vertrag. In England scheint sich bei einigen Zeitungen ein Stimmungsumschwung zugunsten der deutschen Staaten anzubahnen, meint jetzt doch der „Daily Telegraph“, man glaube in einigen Kreisen, daß die Aussichten für einen dauerhaften Frieden durch die Weltabstimmungskonferenz geringer geworden seien! Andere Blätter dagegen äußern eine durchaus selbständige und vernünftige Meinung.

Im übrigen vertreten die englischen Zeitungen allgemein auch heute noch den Standpunkt, daß jede Nebereileung vermieden und die Frage, ob der österreichisch-deutsche Vertrag gegen das Protokoll von 1922 verstoße, im Lichte der österreichischen und deutschen Erklärungen in aller Ruhe geprüft werden muß.

Besonders deutlich wird abfällig kritisiert, daß die anderen Staaten nicht vorher unterrichtet, sondern vor eine vollendete Tatsache gestellt worden seien, wodurch besonders Frankreich in Aufregung geraten sei. In diesem Sinne glaubt das Arbeiterblatt „Daily Herald“ eine „Störung der europäischen Atmosphäre“ bedauern und den an und für sich berechtigten Schritt Deutschlands und Oesterreichs als „verfrüht“ bezeichnen zu müssen. Das Blatt rechnet mit einer

Prüfung aller Fragen durch den Völkerbundsrat oder den Haager Gerichtshof.

Die führende „Times“ sagt in einem neuen Leitartikel zum Zollvertrag, im Augenblick, wo die Konkurrenz Sowjetrusslands seine unbegrenzten Bodenschätze mit Hilfe von Sklavenarbeit rücksichtslos ausbeute, habe eine europäische Zollunion viel für sich. Aber solche Erwägungen machten die Methode der „Ueberrundeluna“ Europas um so bedauerlicher.

sen Gedanken als der höchsten Maßstäbe und der ersten Forderungen von dieser Stelle höchsten Ansehens eine befreiende Tat bedeutet. Der Papst rechnet mit Gott, das dankt ihm alle Welt. Den Rüstten, schlaue zu sündigen, steht er die Tugend, rein zu leben entgegen. Das kommt auch der evangelischen Seite, die für Reinheit kämpft, zugute. Aber das andere ist auch zu sagen, daß der Papst in der Erörterung der Einzelfragen uns nicht weiter führt. Die Bedrohung des Kindeslebens im Mutterleib verbietet er in allen Fällen, auch da, wo das Mutterleben selbst der kostbare Preis ist. Es scheint leicht, über solche Fälle äußerster Lebensnot und heftigster Gewissensangst vom hohen Stuhl her Gott zum Rächer anzurufen und dabei der Tragik des Menschenlebens, daß wir alle nur vom Tode anderer Geschöpfe leben, völlig unbewußt zu sein. Auch der zweiten großen Frage dieses Gebietes, der Verhütung von neu zu werdendem Leben, tritt das Rundschreiben lediglich mit verneinendem, unterschiedslosem Verbot im Namen Gottes entgegen, ohne daselbe mit behandelndem, liebevollem Eingehen auf vorliegende höchste Räte zu unterbauen und ohne zu sehen, daß Geburtenregelung in irgendeiner Weise immer gewesen ist, und daß dieselbe heute Formen angenommen hat, die auch vor dem christlichen Gewissen völlig einwandfrei sind. Ebenso wird auch letztlich noch die Forderung der „Eugenik“ auf Unfruchtbarmachung sozial bedinglicher Persönlichkeiten völlig verworfen. Wir finden, daß der Papst die Akten auch hierüber zu früh geschlossen hat, und Professor Hermann Ruckemann findet das auch. Er hat als Leiter der Eugenik im Kaiser-Wilhelm-Institut in der Sonntagsbeilage der Römischen Volkszeitung vom 21. 2. 1931, die der Enzyklika gewidmet ist, das Wort genommen. Es ist bezeichnend, wie ihm zwar die Stimme des Papstes höchste Autorität ist, aber doch nicht „jede Äußerung als unfehlbar angesprochen werden darf“. „Es liegt mir fern, mit in Betracht zu ziehen autoritativen Äußerungen zu sehen, obgleich ich nicht einsehe, wie die Gründe, die uns Eugenik

Das Blatt be-
nicht dazu be-
mende Abstrich-

„Morri-
wärts getriebe-
hanftschisch
konservative
politisch zurück-
sollten sich di-
nationale Trä-

Sachliche
Manchester
Zollunion die-
der Tarifman-
nennt — fow-

„Als wir
Deutsch-Öster-
Befehl ungeeig-
führen, blutet
von Nachbarn,
sind, ist es sch-
Ruhe abzusich-
stunde und de-

Wenn d-
Standpunkt
Vertrages de-
wirtschaftlich
sind die wir-
Union unmo-
wägung aus-
genereller ei-
verursacht ist

Benesch
— Prag,
Dienstag vor-
presse zu dem-
Er wies u. o-
Vorstoß unter-
selbst über N-
Aussaffung, in
Staaten gleich-
ten. Die Z-
reichs vertrie-
Germain unter-
1922. Er selb-
schlag weber
Billigung fin-
machten, wie
Belgrad und
Es werde ni-
Die Aktion
einigen Jahr-
erlaubt sein
auf vorberei-
müsse dahin
politische R-
Verband aus-
für die Tsch-
Dr. Bene-
deutschen V-

Benesch

— Prag,
Dienstag vor-
presse zu dem-
Er wies u. o-
Vorstoß unter-
selbst über N-
Aussaffung, in
Staaten gleich-
ten. Die Z-
reichs vertrie-
Germain unter-
1922. Er selb-
schlag weber
Billigung fin-
machten, wie
Belgrad und
Es werde ni-
Die Aktion
einigen Jahr-
erlaubt sein
auf vorberei-
müsse dahin
politische R-
Verband aus-
für die Tsch-
Dr. Bene-
deutschen V-

Das d-
Der „Mand-
begre-

— Lond-
begrüßt dur-
kommen, w-
Festung der
daß Sender

her ... be-
nen.“ Diese
liken sprich
allen Ernst
staltigen, se-
frei von der
die die Gr-
nen verma-
in der ang-
Rundschrei-
sondern der
Pius XI.
Leo XIII.
haben. Wi-
dig zu halt-
wohl es ja
Birkung k-
lichen Lösu-
sammenhän-
evangelisch
les und j-
dem Buch-
aus dem i-
anders der
eine Enttä-
sch auftre-
zuehr zu
ders der z-
müßte in
kommen,
Anfang d-
Unseres A-
den gesam-
Millionen
in hingen-
nen Ind-
Klang, de-
spricht, die

man sich ja bei
gen schon seit
zusammenarbeit
dann später zu
st zu kommen.
immer Zeit in-
worden. Aber
gangenen Ver-
daß die euro-
ste, ehe diese
lg wird. Der
n französischen
fach die Staat-
lassen und le-
en dem freien
e praktisch auf
e französischen
daß mit einer
schäftlichen
erhältnissen des
Präferenzzölle
e Vorteile hat,
system einfach
savertragspari-
ng gefragt wer-
und Oesterreich
zige organische
de zu bringen,
steile erleiden,
daß die Zoll-
Staaten nicht
Spezialverträ-
für den Bin-
F. M.

polte.“
Vertrag. —
it“ verbluten!
25. März.
gesamte Welt-
deutschen Ver-
gen Zeitungen
der deutschen
„Daily Tele-
daß die Aus-
sien! Andere
ständige und
en Zeitungen
nt, daß jede
nt der öster-
koll von 1922
und deutschen
werden muß.
füert, daß die
t, sondern vor
feien, wodurch
aten sei. „In
„Daily Ge-
„Atmosphäre“
tigten Schritt
früht“ bezeich-
einer
bundsrat oder
em neuen Zeit-
wo die Kon-
nzen Boden-
stischlos aus-
viel für sich.
Methode der
ndlungen und
Bedeutlichkeit.
und der ersten
Ansehens eine
hnet mit Gott,
schlau zu fundi-
entgegen. Das
e für Reinheit
u sagen, daß
ragen uns nicht
lebens im Mut-
a, wo das Wort
s scheint leicht,
d heißer Ge-
zum Rächer an-
chenlebens, daß
se leben, völlig
en Frage dieses
chendem Leben,
meinem, un-
entgegen, ohne
gehen auf vor-
ohne zu leben,
weise immer ge-
en angenommen
ssen völlig ein-
noch die For-
schung sozial be-
rsten. Wir fin-
ber zu früh ge-
ruchermann im-
entik im Kaiser-
der Königin
ngphika gewid-
bezeichnend, wie
Autorität ist,
unfehlbar ange-
ern, mit in Ge-
g zu setzen, ob-
die uns Eugen-

Das Blatt befürchtet, daß die entzündete Erregung nicht dazu beitragen werde, den Weg für die kommende Abrüstungskonferenz zu ebnen.

„Morning Post“ erklärt, Oesterreich würde vorwärts getrieben teilweise durch das deutsche Blut, aber hauptsächlich durch wirtschaftliche Notwendigkeit. Das konservative Blatt erklärt, Deutschland sei zur Realpolitik zurückgekehrt, und die britischen Staatsmänner sollten sich diese Lehre zunutze machen und auf internationale Trümmereien verzichten.

Sachliche Kommentare veröffentlichten der ehrliche „Manchester Guardian“, der die österreichisch-deutsche Zollunion die „erste gesunde Revolte gegen das System der Tarifmauern und der Balkanisierung Europas nennt“ sowie das City-Blatt, „Financial News“.

„Als wirtschaftliche Einheit — schreibt das Blatt — ist Deutsch-Oesterreich zu einem unabhängigen und selbständigen Dasein ungeeignet. Bei dem Versuch, ein solches Dasein zu führen, blutet es sich tatsächlich langsam zu Tode. Umgeben von Nachbarn, die in wirtschaftlicher Beziehung viel stärker sind, ist es schlecht in der Lage, Handelsverträge auf gleichen Ruhe abzuschließen. Deutschland ist gleichzeitig der größte Kunde und der größte Lieferant Oesterreichs.“

Wenn die Einseitigkeit und vom österreichischen Standpunkt aus der selbstmörderische Charakter des Versuches der Aufrechterhaltung eines selbständigen wirtschaftlichen Daseins einmal eingeräumt ist, dann sind die wirtschaftlichen Argumente für die geplante Union unüberlegbar. Hat irgendeine politische Erwägung auch nur für einen Augenblick Beweiskraft gegenüber einer Maßnahme, die in anderer Hinsicht so vernünftig ist?

Venedig zum deutsch-österreichischen Abkommen.

— Prag, 25. März. Außenminister Venedig nahm am Dienstag vor den Vertretern der tschechischen Regierungspresse zu dem deutsch-österreichischen Abkommen Stellung. Er wies u. a. darauf hin, daß die Tschechoslowakei den Vorstoß unbedingt zurückweisen müsse. Sie habe zwar selbst über Regionalverträge verhandelt, vertrete aber die Auffassung, daß solche Übereinkommen nur zwischen Staaten gleicher Machtstellung abgeschlossen werden könnten. Die Zollunionsabsichten Deutschlands und Oesterreichs verstießen zweifellos gegen den Vertrag von St. Germain und gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922. Er selbst habe den Eindruck, daß der deutsche Vorschlag weder bei den kleinen, noch bei den großen Staaten Billigung finden werde. Dagegen seien neben den Großmächten, wie Frankreich und Italien, vor allem auch Belgard und Bukarest, die Tschechoslowakei warte ab. Es werde nichts so heiß gegessen, wie es gekocht werde. Die Aktion sei heute nicht so ernst, sie könne es aber in einigen Jahren werden, wenn Deutschland wirtschaftlich erstarbt sein sollte. Die Tschechoslowakei müsse sich darauf vorbereiten. Das künftige Ziel der Außenpolitik müsse dahin gehen, sich für diese Zeit zu rüsten und die politische kleine Entente auch zu einem wirtschaftlichen Verband auszubauen. Die künftige Wirtschaftspolitik sei für die Tschechoslowakei eine Schicksalsfrage.

Dr. Beneš teilte dann mit, daß er die Vertreter der deutschen Presse in den nächsten Tagen empfangen werde.

Das doppelzüngige Frankreich.

Der „Manchester Guardian“ begrüßt das deutsch-österreichische Zollabkommen.

— London, 24. März. Der „Manchester Guardian“ begrüßt durchaus das neue deutsch-österreichische Zollabkommen, weil es den Weg zu einer allgemeinen Herabsetzung der Zölle in Europa eröffnet. Es sei zu hoffen, daß Henderson sich in Paris für die volle Anwendung der her... bestimmt haben, in sich erschüttert werden können. Dieses „in sich“ des dem Papst ergebenden Katholiken spricht Bände. Der Papst, trotz aller Würde und allen Ernstes, denkt sich nicht tief genug in die vielgestaltigen, schweren Verhältnisse hinein, und er ist nicht frei von der Schwäche der naiven Betrachtung der Dinge, die die Grundsätze von ihrer Anwendung nicht zu trennen vermag. Das deutet auch ein Oberstudiendirektor in der angegebenen Sonntagsbeilage an, wenn ihm das Rundschreiben „nicht das Ende eines Diskussionsstrettes, sondern den Anfang neuer Aufbauarbeit bedeutet.“ Papst Pius XI. will in den Spuren eines seiner Vorgänger, Leo XIII., gehen, dessen Rundschreiben wir oben genannt haben. Wir sind weit entfernt, ihn deshalb für rückständig zu halten; wir verstehen es, daß er das letztere, obwohl es fast 50 Jahre alt ist, in seiner vollen Kraft und Wirkung bestehen lassen will. Auch, daß er die neuesten Lösungen der Ehefragen und dessen, was damit zusammenhängt, ablehnt, dem können wir weithin — mit evangelischem Vorbehalt — zustimmen. Aber daß er alles und jedes ablehnt, unbegründet ablehnt, nur aus dem Buchstaben der Heiligkeitssphäre heraus, und nicht aus dem inneren Sinn der Dinge, das können wir nicht anders denn als einen Mangel und, sollte ich meinen, als eine Enttäuschung der Katholiken empfinden. Die mehrfache auftretende Warnung, dem eigenen Urteil nicht allzusehr zu trauen, wird dem Menschen von heute, besonders der Jugend, die vom Meißner-Tage her zum Bewußtsein der Eigenverantwortung gelangt ist, nicht belommen, und die Worte, mit denen der Papst gleich im Anfang des Schreibens sich als „von der hohen Warte unseres Apostolischen Amtes“ redend und „mit Vaterlichkeit den gesamten Erdbkreis überschauend“ bei seinen 500 Millionen Katholiken einführt, ganz anders als Gandhi in hingebener demütiger Liebe zu seinen 300 Millionen Indern spricht — können mit ihrem erhabenen Klang, dem nicht ein gleiches Maß von Sachlichkeit entspricht, diesen Mangel nicht aufheben. (Schluß folgt.)

Souveränität nicht preisgegeben

Bei einer Berufung auf den Buchstaben der Verträge von Versailles und St. Germain über das Genfer Protokoll scheint es, daß Deutschland und Oesterreich ihre Rechte nicht verletzt haben. Eine Preisgabe politischer Souveränität ist zweifellos nicht erfolgt. Wenn man von wirtschaftlicher Unabhängigkeit spricht, so spricht man von etwas, was es unter modernen Nationen nirgends gibt.

Es ist vernünftig, einem einzelnen Staat ein Maß von Isolierung aufzuzwingen, das zum nationalen Bankrott führen muß? Kann ein solches Vorgehen durch die Besorgnisse gerechtfertigt werden, eine engere wirtschaftliche Verbindung werde vielleicht zuletzt zu einer politischen Vereinigung führen? Würde der Beitritt einer Bevölkerung von sieben Millionen Menschen und eines Gebietes von 32 000 Quadratmeilen Deutschland zu einer Gefahr für den Frieden Europas machen?

Ist die Gefahr nicht größer, die im Vorhandensein einer Anzahl unbeträchtlicher wirtschaftlicher Einheiten liegt, die in ihrer gesunden Entwicklung durch die immer höher werdenden Tarifmauern gehemmt und ärmer gemacht werden? Gegenwärtig handelt es sich ja gar nicht um die Frage eines politischen Anschlusses, aber dieses Gespenst ist es, das das Protektorgebiet gegen die österreichisch-deutsche Zollunion veranlaßt. Gegen dieses Gespenst und gegen die Tyrannei, die etwa in seinem Namen versucht werden könnte, im Namen der Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes zu protestieren, ist die Pflicht aller vernünftigen Menschen.

Von Deutschland und Oesterreich gemachten Zusagen einsehen werde, das Abkommen auch auf andere Länder auszudehnen. Ein außenstehender Beobachter müsse durch die Haltung einer Regierung, wie der französischen, gänzlich verwirrt werden, die zuerst mit aller Vereblichkeit den schrittweisen Aufbau einer europäischen Zollvereinigung befürwortet, dann aber ärgersich protestiere, sobald der erste kleine Schritt gemacht würde. Die französischen Einwendungen seien natürlich politisch und ergeben sich aus dem tschechischen Geist, der in den Friedensverträgen und in dem Genfer Protokoll über die österreichische Währungsunion enthalten sei. Frankreich behaupte, daß ein Zollabkommen die Unabhängigkeit eines Staates bedrohe. Das trübe noch viel mehr auf Militärbündnisse zu. Behaupte man, daß es Oesterreich nicht erlaubt sei, einen zeitlich begrenzten Zollvertrag abzuschließen, so würde es auch ungesetzlich sein, wenn es die Zollfriedenskonventionen ratifizieren würde. Es habe sich herausgestellt, daß der Grundlag der regionalen Zollverträge triumphiert habe, während die Methode der Zollfriedenskonventionen ein Fehlschlag gewesen sei.

Italien prüft das deutsch-österreichische Abkommen.

— Rom, 25. März. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit: Es trifft zu, daß die italienische Regierung an die österreichische Regierung das Ersuchen um Aufklärung gerichtet hat, um die genaue Tragweite dieses Abkommens kennenzulernen. Im Besitz der verlangten Unterlagen über das Abkommen und die Nebensagen beantragte die italienische Regierung die zuständigen Stellen mit der Prüfung, auf Grund deren sie sich die spätere Bekanntgabe ihrer Auffassung vorbehalte.

Tägliche kommunistische Angriffe auf Nationalsozialisten.

Schwerer politischer Zusammenstoß in Buer.

— Buer, 25. März. Am Dienstagabend wurden etwa 20 S.-A.-Leute, die von der Zettelverteilung für eine Versammlung zurückkamen, von etwa 50 Kommunisten angegriffen. Die Kommunisten wurden zunächst zurückgeschlagen, holten sich aber Verstärkung und griffen die S.-A.-Leute erneut an. Hierbei wurden drei S.-A.-Leute schwer verletzt. Einer liegt mit einem schweren Schädelbruch hoffnungslos im Krankenhaus darnieder, der zweite trug einen Armbruch davon, der dritte erhielt mehrere gefährliche Messerstiche. Die Polizei verhaftete acht Kommunisten.

Blutige Unruhen in Peru.

Meuternde Truppen.

— Neugork, 24. März. Wie aus Lima (Peru) gemeldet wird, ist es dort erneut zu blutigen revolutionären Unruhen gekommen. Das 5. Infanterieregiment meuterte, nahm die Offiziere gefangen und versuchte den Präsidentenpalast zu stürmen. Regierungstreue Truppen griffen jedoch noch rechtzeitig ein und trieben die Aufständischen durch Maschinengewehrfeuer in ihre Baracken zurück. Dabei wurden über 50 Soldaten getötet und viele verwundet. Die Aufständischen sind innerlich von vier Stunden von einem Kriegsgericht abgeurteilt worden. Aus Lima wird amtlich mitgeteilt, daß die Ordnung vollkommen wieder hergestellt worden ist. Ueber der Stadt ist das Kriegsrecht verhängt worden. Vielsach wird vermutet, daß die Ursache der neuen Revolte in kommunistischer Propaganda zu suchen sei. Die Straßenkämpfe dauerten mehrere Stunden. Schließlich hielten die Aufständischen eine weiße Flagge und ergaben sich bedingungslos.

Am Freitag Reichstagschluß.

— Der Reichstag begann die dritte Lesung des Reichshaushaltsgesetzes: am Freitag dürften die Ferien beginnen, die sich bis in den Oktober hinaufziehen sollen.

Der Ruf nach Kolonien.

G. M. Die Enthüllungen des rhodesischen Abgeordneten Morris, nach denen sich England mit dem Gedanken trägt, durch die Verschmelzung der beiden Rhodesien, des Rhassalandes und des Betschuanalandes mit dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika ein großes mittelafrikanisches Dominion zu bilden, erfordern unsere größte Aufmerksamkeit und Bereitschaft zur Abwehr.

Verlöbe gegen das Mandatssystem kann Deutschland nicht dulden, weil erst dann das Schicksal der ehemaligen deutschen Kolonien endgültig besiegelt wäre, sich aber gleichgültig über den Verlust unserer früheren Besitzungen hinwegzusetzen, hieße ein Höchstmaß menschlicher Unbanbarkeit erreichen. Unbanbarkeit vor allem gegenüber den deutschen Kolonialpionieren, die mit zäher Ausdauer in unendlicher Mühe wie in einem Mosaikbild Stein für Steinchen setzen zu einem einheitlichen Ganzen. Denn wir müssen uns vor Augen halten: Die Waffe allein begründet keine Kolonie, und mit den Worten: „Mein ist das Land“, ist der Boden, den zuvor keines Weißen Fuß betreten hat, nicht kultiviert. Hier waren kolonialisatorische Taten unausbleibliche Notwendigkeit, sollten die Ziele nach denen die ausziehenden Männer strebten, erreicht werden.

Kämpfe mit den Eingeborenen folgten Kämpfe mit der Natur. Fieberdämpfe, die glühende Tropensonne aus fauligen Sümpfen aufsteigen ließ, und giftige Insekten, die Tod und Verderben bedeuten, bildeten die erste Sperre, die es zu durchbrechen galt, um das Land das Heimat für so viele Weiße werden sollte, zu erschaffen. Ihre Zahl, die am Anfang angelegte der drohenden Gefahren schon relativ klein war, wurde noch geringer und reichte bei weitem nicht aus, irgendwelchen wirtschaftlichen Nutzen aus den geplanten Farm- und Pflanzungsbetrieben zu garantieren. So verbesserte sich von selbst die Ansicht, daß Eingeborene nicht ein unumgängliches Übel, sondern wesentlicher Bestandteil der Kolonie sind.

Wie aber das Mißtrauen der erschreckten Negerstämme, die vor dem Holzrohr der Weißen, aus dem unter Blitzen und Krachen der Fesseln, in den Urwald gestochen waren, in Vertrauen umzuwandeln? Man verstand ja nicht einmal einander durch die Sprache. Diese Aufgabe hatte unserer Gouverneure, die sich als Mittler zwischen Weiße und Schwarze sahen und die gegenseitigen Interessen abwägen mußten. Als Mann mit großer Menschenkenntnis und überaus feinem Einfühlungsvermögen gab hier der Hüter von Deutsch-Südwestafrika, Gouverneur Schnee, ein leuchtendes Vorbild, wie die Verwaltung zu gestalten war. „Herrschen, aber nicht knechten“, hieß die Maxime. „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert“, diesen Grundsatz hieß es durchsetzen, sollten die Neger nicht gewissenlosen Ausbeutern, die für wertlose Gegenstände Boden und Kapital erwarben, Sklavendienste leisten. Sorgsam mußte daher der Gouverneur über die Förderung der drei Kräfte der Produktion — Boden, Kapital und Arbeit — nachdenken. Die neue Wirtschaftssphäre erforderte einen außergewöhnlichen Willensakt des Führers, der sich seiner ganzen Verantwortung voll bewußt ist. Gesetze und Mittel zu einer gesunden Entwicklung waren nicht vorgezeichnet, Experimente des Schwere neue Gefahren herauf. Man mußte den Weg suchen, den der Mensch versteht und vorgezeichnet, und das Aufblühen der Kolonien bewies, daß die deutschen Männer den richtigen eingeschlagen hatten.

Fremde Nationen streiten es ab; sagen, wir seien nie fähig gewesen, eine Kolonie zu führen. Im bloßen Wortstreit brauchen wir dieser Behauptung nicht entgegenzutreten. Die Wirklichkeit spricht diesem Phrasenballon die Luft aus. Wäre unsere Herrschaft ein unerträgliches Joch gewesen, hätten sich wohl da zu der Zeit, als der Krieg Weiße gegen Weiße begann, die „Unterdrückten“ an die Seite der „Unterdrückten“ gestellt, um deren Leben und Besitz zu verteidigen! Nicht Freude war's am kriegerischen Spiel, sondern die Überzeugung, daß auch ihre Zukunft auf dem Spiele stand, drängte unsere Schützlinge zu kriegerischem Widerstand.

Allein der kühnste Selbstenmut war vergebens. Die Kolonien wechselten die Fahnen, die gleichzeitig andere Verwaltung bedeuteten. Welche für die Eingeborenen die angenehmere war? Die Antwort liegt in der Frage, die so oft an die Reisenden der ehemaligen deutschen Schutzgebiete von alten Negern gestellt wird: „Wann kommen denn endlich wieder die Deutschen?“ Diese Anerkennung der deutschen Kolonialpolitik ist der schönste Lohn, den unsere Gouverneure für ihre unendlich mühevollen Tätigkeit ernten konnten. Sie erfüllt auch uns mit Stolz und gibt unserm Ruf: Gebt uns unsere Kolonien wieder! seine moralische Berechtigung.

Säumen wir daher nicht, den neuen Anschlag, der jetzt unseren ehemaligen Kolonien droht, einmütig abzuwehren, damit später einmal dem deutschen Volke auch in der Kolonialfrage wieder Gerechtigkeit zuteil wird.

Europakonferenz eröffnet.

Mit einer Ansprache Briands.

Die neue Tagung des Organisationsausschusses der Europakommission wurde in Paris im Gebäude des Außenministeriums durch eine Rede Briands eröffnet. Briand begrüßte die Delegierten und schilderte die Aufgabe des vorbereitenden Ausschusses. Auf die Frage des österreichischen Zollunions-Plans ging Briand in dieser Rede nicht ein. Auf den Vorschlag Henderson wurde Briand zum Vorsitzenden der Tagung gewählt. Deutschland wird bei den Verhandlungen durch Staatssekretär a. D. von Simson vertreten.

Das Programm der Internationalen Getreidekonferenz.

Die Internationale Getreidekonferenz wird am Donnerstag in Rom im Palais des Internationalen Landwirtschaftsinstituts eröffnet werden. An dieser Konferenz nehmen 100 Delegierte, Vertreter von 46 Regierungen, teil. Das Arbeitsprogramm setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Internationale Regelung der Getreideproduktion. 2. Regelung des internationalen Getreideverkehrs für den Getreideanbau. 3. Regelung des internationalen Getreidehandels.

Staatsrede Severings.

Der Landtag begrüßt den 75jährigen
Abg. Fagbender.

— Berlin, den 24. März 1931.

Präsident Bartels eröffnete die heutige Sitzung des Preussischen Landtags mit Glückwünschen für den 75jährigen Zentrumsgesandten Dr. Fagbender. Den Platz des Abg. Dr. Fagbender schmückte ein Blumenstrauß. Die Zentrumsfraktion hatte zuvor ihren Senior in einer besonderen Sitzung geehrt. In Erledigung der Tagesordnung wurde die Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt.

Innenminister Severing.

Der im Verlaufe der Debatte das Wort nahm, ging dabei auf den Zwischenfall in Hohensteinhausen ein und teilte mit, daß der Polizeioffizier, der auf dem Kirchengrundstück das Abhängen eines Chors verboten hatte, gerügt worden sei.

Der in Halle entlassene Polizeibeamte habe nicht nur in vorgerückter Stunde das „Hakenkreuz am Stahlhelm“ gespielt, sondern sich auch sonst so verhalten, daß sogar der Beamtenausschuß der Entlassung zugestimmt habe. Für Angehörige revolutionärer Parteien sei in der Polizei kein Platz.

Eingehend setzte sich Minister Severing dann mit den Angriffen des Abg. v. Rohr auseinander. Zu behaupten, wir könnten froh sein, daß die Tribute auf zwei Milliarden Mark herabgesetzt seien, sei ihm nicht eingefallen.

In der heutigen Zeit komme alles darauf an, neue Beunruhigungen des Volkes zu verhindern. Daher dürfe der Polizeiminister nicht nur ein Polizeiminister des Gemeinwells sein. Vor allem müßten auch die Gemeindefinanzen auf eine gesunde Grundlage gestellt werden.

Das das

Stahlhelm-Vollbesprechung

betrifft, fuhr Minister Severing fort, hat gestern Abg. v. Ciemer das Staatsministerium ersucht, allen preussischen Beamten freizustellen, sich in die Listen einzutragen und an der Agitation teilzunehmen, soweit dabei nicht die Beamten durch ihre besonderen Pflichten gelestet Grenzen überschritten werden.

Ich gebe hiermit die Erklärung ab, daß ich genau nach dem Wortlaut dieses Entschließungsantrages der D. V. verfahren werde, wohlwollend, auch unter Berücksichtigung der Einschränkung, die von den besonderen Pflichten der Beamten spricht.

Daß es politische Beamte gibt, die sich nicht im Rahmen dieser Pflichten bewegen, beweist der Fall des Landrats v. Bismarck, der in Neben unter der Überschrift: „Nieder mit dem roten Preußen“ seiner eigenen Regierung Korruption vorwirft. Wie ich solchen Fällen gegenüber verfahren werde, will ich gleich erklären.

Maßregelung des Landrats v. Bismarck.

In der nächsten Ministerialtagung werde ich den Antrag stellen, den Landrat v. Bismarck zur Disposition zu stellen.

Zweite Lesung der Osthilfe.

Reichsminister Treviranus erläutert den Gesetzentwurf.

Im Mittelpunkt des zweiten Teiles der Reichstagsitzung vom Dienstag stand das Osthilfegesetz, das in zweiter Lesung beraten wurde. Verbunden damit war die Beratung der Vorlagen zur Förderung der Siedlung, der Entwurf über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für Industrieforderungen.

Reichsminister Treviranus

machte erläuternde Angaben und führte aus, diese Osthilfsaktion habe eine doppelte Aufgabe. Sie solle einmal den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zuführen, zum anderen sollen sie drohende Gefahren von der Landwirtschaft abwenden.

Die Entscheidung, welches Maß von Hilfe möglich sei, müsse der Behörde als öffentlichem Treuhänder überlassen bleiben. Es sei beabsichtigt, den letzten Geltungsbereich

der Hilfsmassnahmen möglichst umfangreich auszudehnen, so bald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne. Eine Gewähr, daß von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahre auf weite Gebiete Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen.

Nach Darlegung der einzelnen technischen Bestimmungen kam Minister Treviranus dann zu dem Schluß, die erforderlichen Opfer müßten gebracht werden, weil Siedlung des Ostens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe. Die Reichsregierung werde ferner dafür sorgen, daß insbesondere auch dem Kleinbauern Hilfe gebracht werde.

Abg. Warne (Hr.) bezeichnete die Osthilfe als eine staatspolitische Notwendigkeit ersten Ranges. Abg. Boerle (Komm.) kritisierte die Vorkaufsliste im Osten. Abg. Stelling (Soz.) führte aus, man hätte der ganzen Wirtschaft des Ostens helfen sollen. Abg. Dr. Pfeiffer (Naher. Sp.) berechnete den Aufwand des Reiches für das Osthilfegebiet auf etwa 1100 Millionen Mark.

Musikalische Nachfeier

des hundertsten Geburtstages Vater Bodelschwings.

Nach den mancherlei Feiern, die in den Gedenktagen veranstaltet waren, hätte man annehmen können, für eine nachträgliche, rein musikalische Veranstaltung sei nicht mehr das genügende Interesse vorhanden. Der durch eine große Zahl neuer Kräfte verstärkte Kirchenchor hatte aber mit viel Liebe und Fleiß zwei nicht ganz leichte Sachen geübt, die es wohl wert waren, noch vor der Gemeinde zu Gehör gebracht zu werden. Das eine war die von dem Anstaltsorganisten J. P. Seiler für die Bodelschwingsfeier komponierte Kantate „Selig sind die Barmherzigen“. Als zweites waren einige Chöre aus der Bad-Kantate „Ich hatte viel Bekümmernis“ geübt, die nun am Donnerstag und Freitag der vorigen Woche in der Zionskirche zur Aufführung kamen.

Nach gewohnter Weise galt der erste Abend der Anstaltsgemeinde. Es ist wohl anzunehmen, daß die Freude und der Genuß, welchen hauptsächlich die große Krankengemeinde an dieser Feierstunde hatte, mithin, bei einer großen Zahl von Teilnehmern an der zweiten Veranstaltung das Interesse für das Gebotene zu wecken.

So kann wohl gesagt werden, daß sich die von dem Leiter, Herrn Seiler, von den tapferen Sängern und von den in Bethel bekannten und immer herzlich willkommenen Solisten, Frau Elisabeth Schroiff, Bielefeld, Sopran und Herrn Gerold Bunk, Dortmund, Orgel, auf die Sache verwandte Mühe auch jetzt wieder gelohnt hat.

Es soll hier nicht die bis in das allertiefste hinein dringende Kritik des Kunstfachverständigen zur Geltung kommen. Sie würde vielleicht mit einigen Stellen, die an das Können des Chorführers keine geringen Ansprüche stellen, nicht ganz zufrieden sein. Aber es muß gesagt werden, daß das zuhörende Publikum mit Begeisterung und Dank die Darbietungen genossen hat. Den Sängern, soweit sie nicht als Haushaltungsschülerinnen vorübergehende Gäste im Betheler Chor waren, müßte das Gelingen der Sache eigentlich Freude und Mut zu dauernder Mithilfe gegeben haben.

Mit einem Wort der Anerkennung muß der Solist, Frau Schroiff, gedacht werden. In beiden Kantaten hatte sie die Aufgabe, mit ihren Tönen sowohl das Jagen und den Schmerz in Elend, Not und Sünde, wie auch die Freude über Vergebung und den Trost der Erlösung zum Ausdruck zu bringen. Das ist ihr in ergreifender

Weise gelungen und sie hat damit das erreicht, was die Aufgabe ihrer Kunst ist.

Daß es dem Betheler Publikum immer wieder eine Herzensfreude ist, Gerhard Bunk auf der Zionsorgel zu sehen, soll nur wieder einmal gesagt werden. Er scheint dem Ganzen so vertraut zu sein, daß er dem Leiter, Herrn Seiler, und dem Chor durch die gewandte Unterstützung der einzelnen Stimmen manche Schwierigkeit überwinden hilft, die die Orgelpompe der Zionskirche für eine glücklichen Durchführung solcher Veranstaltungen bietet.

Es ist zu hoffen, daß diese musikalische Nachfeier ein schöner Aushang der Gedächtnistage an Vater Bodelschwings gewesen ist.

Quittung.

Auf unsere Bitte für das „Heimathaus“ gingen bisher ein:

P. R. in L. 5,—; E. R. in S. 100,—; L. S. in R. 5,—; A. und B. S. in B. 100,—; J. G. in M. 1,—; W. R. in E. 5,—; F. S. in D. 5,—; M. A. in R. 10,—; E. C. in R. 2,—; J. P. in S. 5,—; R. R. in S. 5,—; Dr. B. in B. 10,—; Frau Pf. S. in M. 5,—; Pic. W. A. in B. Sch. 5,—; S. W. in B. 10,—; Pf. F. in S. 5,50; W. C. in B. 5,—; R. v. L. in St. 5,—; S. v. W. in R. 5,—; Frau E. R. E. in S. 5,—; E. S. St. in R. 10,—; B. in B. 5,—; L. S. in D. 10,—; R. R. in S. 20,—; J. S. in S. 20,—; L. Str. in L. 3,60 RM. Insgesamt 367,10 RM.

Allen lieben Heimathelfern herzlichen Dank! Weitere Heimathilfe ebenso herzlich willkommen. (Postcheckkonto Hannover Nr. 48273 Konto G. v. Bodelschwings, Dünne, Kr. Herford; oder Hannover 1904 Konto Pastor F. v. Bodelschwings mit Vermerk: „Heimathaus“.) Bethel und Dünne, den 19. 3. 31.

F. und G. v. Bodelschwings.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Mittwoch, 3½ Uhr Jungchar; 8 Uhr Jungmännerkreis in Gosen.

Donnerstag 8¼ Uhr Vorstandssitzung in Ephraim.

Freitag, 8½ Uhr Bibelstunde über Jesaja 2 (Herr Pastor Schlatter).

Donnerstag abend, pünktlich 8 Uhr, Probe im Affapheum für Konfirmation und Ostern. Blatt: „Jesu, meine Freude“ mitbringen.

Handfertigkeitsschule. Eine Ausstellung der Prüfungs- und Handfertigkeitsschulen der Seminare ist am Sonntag, den 28. März von 15 bis 18 Uhr im Lehrsaal der Marthaschule im Hause Herrmann zur Besichtigung freigegeben.

Die Leitung des Kindergärtnerinnenseminars der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta.

Anzeigen aus Bethel.

— Gut erhaltene Kinderbettstelle zu kaufen gesucht. Frau J. Blankenstein, Eckardsweg 11.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Mit großer Dankbarkeit zeigen wir die Geburt unseres Sohnes an

Lamar, Ernst, Hermann, Friedrich.

P. Gerhard Jasper und Frau Elisabeth

geb. Johannesen

Bethel, den 23. März 1931.

Statt Karten.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen erwiesene Teilnahme, sowie für die lieben, stillen Freunde, die unserer gedenken, sagen wir allen unseren innigen Dank.

Geschwister Klammer.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Bad Godesberg Staatsl. genehm. Haus Gelderblom Evangelisches Töchterheim

Eigens a. Töchterheim geb. Haus i. Nähe d. Rheines. Gart. Tennispl. gr. Veranden. Siebeng. Gerl. Aussicht. Ausflüge, Erholung. Erz-Ziel: harm. christl. Charakterentw. tatvoll, fein. Umgang. Bildg. d. Mädchenpersönlichkeit. Gesundheitspflege. Gymn. Sport, Wissensch. Erziehung. Hausfrau: Gröndl. Unterr. i. Küche, Haushalt, Nadelarbeit, Gemüse. Einführ. i. mütterl. Aufgab. f. deutsche Familie, Staat und ev. Kirche. Samariterkurse, ev. Jugend-u. Frauenbew. Bürgerk. Hausmuf. Auf W. Sprachen, Malen, Musikunt. Auch Aufnahme v. Ausländerinnen u. Studentinnen. Erf. f. Elternhaus. Prosp. frei. Abt. u. staatl. gepr. Lehrf. i. S. Frau Prof. Dr. Gert. Jillich, Leiterin.

Zwei Geschwister, Pflanzertöchter, 23 und 21 Jahre, suchen Stellen als

Haustöchter

bei Familienanschluß. Schlicht um schlicht, oder wenn möglich etwas Taschengeld. Angebote unt. A 1348 an d. Geschäftsst. d. B.

Christl. Persönlichkeit, 50 Jahre, in Küche, Wäsche und Wirtschaft firm, beste Zeugn. und Empf., sucht selbständigen

Posten

in felf. Haus oder H. Heimbetrieb Sachf./Häutungs. Angebote unt. A 1347 an d. Geschäftsst. d. B.

Hochgebirgs-Sonnenkuren

Winter und Frühling im Ev. Erholungsheim Haslbergshaus Goldern (Berne Oberland) 1060 m. Sorgfältige Pflege. Trauliches Familienleben. Tagespreis von 8 Fr. an. Ausbildung von Haustöchtern. Illustr. Prospekt v. Hausvater.

Erholungsbedürftige

finden liebevolle Aufnahme in der Nähe von Exterstein, bei einem mäßigen Preise von 3,50 M. bis 1. Mai, von da ab 4,— M.

Pension Elisabeth, Fromhausen bei Detmold.

Braubach Heim

Haus Friedrich Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer

August Friedrich und Frau Telefon 34. — Prospekt frei.

Suche für meinen Sohn, welcher im Mai ds. J. seine 18jährige Lehrzeit als Bäder- und Konditorlehrling beendet, eine gute

Ausbildungsstätte

in reiner Konditorei. Unter Umständen mit 1-jähriger Lehrstelle einverstanden, am liebsten Volontärstelle. Angebote erbittet freundlichst

Gust. Degenhardt, Bäderei und Konditorei, Fröndenberg-Ruhr.

Kur-Anstalt Erholungsheim vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage Pastor Felke kuren. Prosp. frei!

Für 18jähr. junges Mädchen, das durch einige seelisch krankhafte Züge gefährdet ist, wird

Aufnahme

in einfamem Land, Forst- oder Pfarrhaus gesucht, wo es tüchtig in Haus und Wirtschaft mitarbeiten kann. Schlicht um schlicht. Körperlich gesund und kräftig, zu allen Arbeiten geschickt. Anzeugsreife, Haushaltungsschule, begonnene Kindergärtnerinnen-Ausbildung. Offert. unter A 1354 an die Geschäftsstelle d. B.

Durch Kontrolle des vereinigten Chormiters Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Blüten-Honig

10 Pf. Dose 10,40 RM, vorwiegend Acker-Blütenhonig 12,20 RM, halbe Dose 6,90 RM und 6,90 RM, 1½ Pf. Dose 1,90 RM und 2,10 RM frei Haus. Nach. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest. Dieser Honig ist auch in Dptl. vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Bethel Die staatl. anerf. Haushaltungssch. Eckardts-haus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta b. Bielefeld bietet in ihrem Internat Töchtern christl. fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekt d. die Leitung d. Schule.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumschulartikel: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Bausparbrief

(Wästenrot) Jahr 1929 über 12000 M., eingezahlt 2500 M., zu verkaufen. Angebote unt. A 1353 an die Geschäftsstelle d. B.

Carl Lepper

Bielefeld, Gehrenberg 23 Fernsprecher 976.

Spezialhaus für erstklassige und solide

Schuwaren jeder Art.

Stets billige Preise.

Nordseebad Langeoog

Christl. Erholungsheim „Bethanien“ Arbeitszweig des Diakonievereins „Bethanien“

Solingen-Rufderhöhe

Famillärer Familienkreis, Andachten und Versammlungen im Hause. Anerkannt gute Verpfleg. Mäßige Preise, besonders in der Vor- und Nachsaison. Das Heim liegt in der Nähe des Badesstrandes. Anmeldungen an Schw. Marie Riehn, Christl. Erh.-Heim „Bethanien“, Langeoog/Nordseebad.

Postcheckk.: Amt Essen Nr. 20502

Neues

Der preuß. gab am Dien- Auskunft über Einen breiten lung in Preuß 7200 Siedler des deutschen hatte seinerzeit stellen im Jahr Es ist bemerkt 1500 neuen Stellen) diese konnte. Wenig schaffung in möglich sein fang neuer k drohten deutl notwendige I aber unter al liche Zusamm geht, als durc Bewirtschaftu

Der preuß gen Grundsa nach Möglich zu zahlen. I ders schwieri neugegründet 15 Hektar. S nissen aus, i besonders wi den Siedlerje möglich durc folg die Fe Während fr bände auf e hat man diee zudrücken ve fogar mit ein Was es bedi betrieb jähr der Baufichig spart werden

Trotz der deutschen La Siedlerstellen Siedlungsan von durchsch landwirtscha Provinzen Landarbeiter arbeiter stel Siedlermater ringer Ausri hilde Land solche Lande und sie dad festgelegt n letzten Jahr arbeiter sin preußischen nicht abpre den Landar man den r aber einen lingsarbeit fen: noch ni guten Boden Siedlern we ten landwir